

## Wirtschaft im Aufwind – Pleiten haben Flaute

### Insolvenzstatistik Unternehmen I. Halbjahr 2012

Wien, 26.06.2012

Die (hochgerechneten) Insolvenzzahlen des KSV1870 zum Halbjahr zeigen deutlich: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist mit einem minimalen Zuwachs von 1,6 % praktisch unverändert gegenüber dem Vergleichszeitraum 2011. Es wurden 3.044 Unternehmen insolvent. Dabei ergibt sich allerdings eine deutliche Verschiebung von (mangels Masse) nicht eröffneten Verfahren hin zu eröffneten Insolvenzverfahren (Plus ca. 9 % gegenüber 2011).

Davon betroffen waren Verbindlichkeiten von ca. EUR 1,3 Mrd. fast unverändert gegenüber 2011 und 9.700 Dienstnehmer, das entspricht einem **deutlichen Minus von 7,6 %**. Noch nie seit 1995 waren mit durchschnittlich 5,4 Personen so wenige Dienstnehmer pro Unternehmen von einer Insolvenz ihres Dienstgebers betroffen.

#### Bundesländer-Rundreise

Interessanterweise zeigen sich bei den Bundesländern ganz unterschiedliche Trends, sodass sich ein näherer Blick darauf lohnt. Auch wenn österreichweit die Insolvenzen praktisch unverändert dastehen, haben manche Bundesländer ein Plus, andere ein Minus zu verzeichnen.

Bundesland	Fälle I. HJ 2012	Fälle I. HJ 2011	Veränderung
Wien	893	970	-7,9%
Niederösterreich	483	456	5,9%
Burgenland	124	89	39,3%
Oberösterreich	401	403	-0,5%
Salzburg	212	166	27,7%
Vorarlberg	106	89	19,1%
Tirol	179	209	-14,4%
Steiermark	440	414	6,3%
Kärnten	206	200	3,0%
<b>Gesamt</b>	<b>3.044</b>	<b>2.996</b>	<b>1,6%</b>

Das größte Plus verzeichnet das Burgenland, wo vermehrt Konkurse von Verlassenschaften eröffnet werden. Diese Praxis wird vom KSV1870 begrüßt, da die Abwicklung einer überschuldeten Verlassenschaft im Rahmen eines Insolvenzverfahrens wesentlich sinnvoller und auch praxisnäher durchgeführt werden kann, als im normalen Verlassenschaftsverfahren. Das hat damit zu tun, dass das Insolvenzrecht die richtigen Instrumente und Regeln zur Vermögens erfassung, -verwertung und -verteilung des Realisates bietet. Auch die Feststellung der berechtigten Gläubigerforderungen geschieht im Insolvenzverfahren wesentlich zügiger und transparenter. Diese Praxis sollte sinnvollerweise beibehalten werden, sodass im Burgenland das bestehende Niveau an Insolvenzen (inklusive Eröffnungen) auch weiterhin zu erwarten ist. Es ist noch zu erwähnen, dass ein Verlassenschaftskonkurs nur formal eine Unternehmensinsolvenz darstellt, da die Verlassenschaft nach österreichischem Recht als juristische Person sui generis angesehen wird. Daher werden diese Verfahren auch am Landesgericht wie ein Unternehmenskonkurs abgewickelt.

Salzburg mit einem Plus von fast 28 % ist aus einem anderen Grund interessant: Hier gibt es seit Jahresbeginn eine Änderung der Praxis, ab welchem vorhandenen Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wird. Die neue Praxis eröffnet wesentlich mehr Verfahren, was zu einem Vorzieh-Effekt führt, da diese Eröffnungen um 1 - 3 Monate früher erfolgen, als die Bekanntmachung einer Nichteröffnung mangels Masse.

Das größte Minus zeigt Tirol, ein Bundesland mit einer wirtschaftlichen Infrastruktur, die stark industriell, exportgüterorientiert und vom Tourismus geprägt ist. Es handelt sich um Branchen, die derzeit ein gutes Marktumfeld und entsprechend gute Ergebnisse verzeichnen können. Im Jahresverlauf dürfte sich dieser Trend aber etwas verflachen, sodass Tirol ebenfalls zu einem eher ausgeglichenen Insolvenzniveau finden wird.

Die untenstehende Analyse zeigt, wie die generelle Verschiebung von abgewiesenen (nicht eröffneten) Verfahren hin zu den Eröffnungen erfolgt:

Bundesland	eröffnete Verfahren I. HJ 2012	eröffnete Verfahren I. HJ 2011	Veränderung eröffnete Verfahren	Veränderung Gesamtinsolvenzen*
Wien	501	488	2,7%	-7,9%
Niederösterreich	343	308	11,4%	5,9%
Burgenland	84	65	29,2%	39,3%
Oberösterreich	256	247	3,6%	-0,5%
Salzburg	111	56	98,2%	27,7%
Vorarlberg	48	50	-4,0%	19,1%
Tirol	78	89	-12,4%	-14,4%
Steiermark	287	234	22,6%	6,3%
Kärnten	104	120	-13,3%	3,0%
<b>Gesamt</b>	<b>1.812</b>	<b>1.657</b>	<b>9,4%</b>	<b>1,6%</b>

\*) Gesamtinsolvenzen = eröffnete Verfahren und mangels Masse nicht eröffnete Verfahren

Überall dort, wo die beiden Prozentzahlen ähnlich sind, ist die Entwicklung eher auf externe Gründe zurückzuführen. Wo sie allerdings stark divergieren, kann auch die Praxis der jeweiligen Gerichte eine wichtige Rolle spielen.

Wien: Gutes Wirtschaftsklima – die Fälle werden aber immer unbedeutender

Niederösterreich: Ein leichter Zuwachs der Insolvenzen insgesamt, der aber nicht signifikant von Österreich abweicht. Mit einem Ausgleich in der 2. Jahreshälfte darf gerechnet werden

Burgenland: Zuwachs der Eröffnungen und damit aller Insolvenzen wegen Verlassenschaften (s. o.)

Oberösterreich: Das Bundesland mit der stärksten Industrie-Infrastruktur und einer stark auf den Export ausgerichteten Wirtschaft. Neben guten Wirtschaftsdaten aber auch regelmäßig größere Insolvenzfälle. Die Entwicklung liegt durchaus auf dem Niveau von 2011

- Salzburg: Hier wirkt sich praktisch zur Gänze die geänderte Praxis des Insolvenzgerichtes aus: Es werden nahezu doppelt so viele Fälle eröffnet wie im Vorjahr. Der Anstieg der Gesamtinsolvenzen hat einen Vorzieheffekt und sollte sich in der 2. Jahreshälfte daher „einpendeln“
- Vorarlberg: Ein wahrscheinlich nur vorübergehender Zuwachs an Insolvenzbeschlüssen (Nichteröffnungen mangels Vermögens), der sich über das Gesamtjahr 2012 ausgleichen wird
- Tirol: Rückgang der Eröffnungen und der Gesamtinsolvenzen, gute Wirtschaftsdaten im Bundesland
- Steiermark: Hier gibt es einen deutlichen Zuwachs an Eröffnungen bei sonst nur geringem Zuwachs an Insolvenzen. Es gibt augenscheinlich auch hier einen Zug zu mehr eröffneten Verfahren
- Kärnten: Diese Verschiebung zu den abgewiesenen (nicht eröffneten) Verfahren gegen den Österrichtrend dürfte sich im 2. Halbjahr ebenfalls egalisieren

Mangels Masse nicht eröffnete Verfahren sind generell ein Übel, da in ihnen die Vorgänge, die zum Eintritt der Insolvenz geführt haben, nicht geprüft werden, ebenso wenig wie anfechtbare Zahlungen oder andere noch rechtswidrigere Vermögensverschiebungen. Der KSV1870 kämpft seit Jahren dafür, dass mehr Verfahren eröffnet werden – es wäre sinnvoll, über alle insolventen Unternehmen ein Verfahren zu eröffnen. Bisher ist das immer an der Frage des sogenannten Kostenvorschusses gescheitert. Da gibt es nun einerseits die gute Nachricht, dass sich der Insolvenz-Entgeltfonds dazu entschlossen hat, vermehrt Kostenvorschüsse zu erlegen. Dies dürfte in den nächsten 6 - 12 Monaten zu entsprechend mehr Eröffnungen im Bundesland Oberösterreich führen. Überdies gibt es aber augenscheinlich auch generell ein Umdenken der Praxis zu mehr Eröffnung, wie sich ja den Gesamtzahlen für Österreich entnehmen lässt. Dieser Trend ist aus Sicht des Gläubigerschutzes absolut zu begrüßen. Noch besser wäre die Entscheidung des Gesetzgebers, in allen Fällen von Insolvenz das Verfahren ohne Verzug und Diskussionen über eventuelle Kostenvorschüsse sofort zu eröffnen. Es ginge rascher, es wären mehr Unternehmen sanierbar als heute und jenen Unternehmern, die es mit dem Gesetz nicht so ernst nehmen, käme die Justiz so besser auf die Schliche. Das hätte auch eine enorme generalpräventive Wirkung.

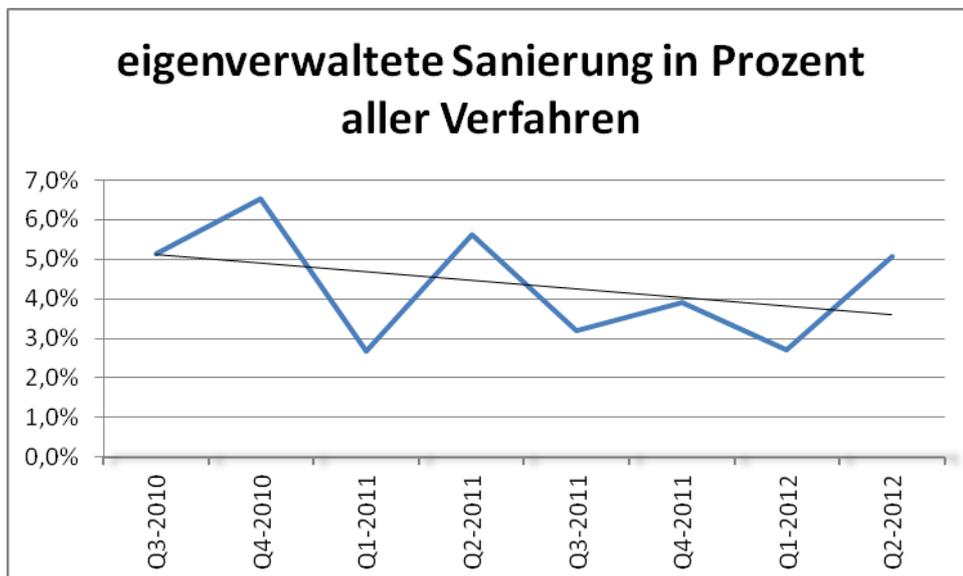
## **2 Jahre IRÄG 2010**

Am 1.7.2012 feiert das IRÄG 2010, das viele Erwartungen erfüllen konnte, seinen 2. Geburtstag. Manche Regeln mussten intensiver beleuchtet werden, zu anderen will die Diskussion nicht abreißen. Jedoch ist es ein ausgesprochen gesundes Kind, das einen „Eltern“ auch Freude macht. Bei aller geäußerten und auch berechtigter Kritik, vor allem an der Zurückdrängung der Gläubigerrechte, kann man heute von einer rundum gelungenen Reform sprechen.

Eine interessante Frage in diesem Zusammenhang ist das Echo der Praxis auf das eigenverwaltete Sanierungsverfahren. Österreich ist ja seit der Einführung des Ausgleiches im Jahr 1914 eigentlich ein rechtspolitischer Vorreiter, da der Wunsch nach mehr Eigenverwaltung (z. B. durch die UNCITRAL – Legislative Guide on Insolvenz Law - Empfehlung 112b) eigentlich erst in den letzten Jahrzehnten auf breiter Front vorgetragen wird. Deutschland hat bekanntlich mit der InsO im Jahr 1999 der Eigenverwaltung zwar einen stärkeren Platz verschaffen wollen, was aber von der Praxis weitgehend abgelehnt wurde. Hier lag also Österreich immer schon „an der richtigen Stelle“, obgleich der gerichtliche Ausgleich zuletzt nur eine marginale Rolle spielte. Ein erklärtes Ziel der Reform

des IRÄG 2010 war daher, die eigenverwaltete Sanierung attraktiver zu gestalten, sie aber gleichzeitig an engere und letztlich daher restriktive Bedingungen zu knüpfen, um jenen Unzukömmlichkeiten ab ovo zu begegnen, welche in der Vergangenheit für ein doch abgetöntes Image des Ausgleiches gesorgt hatten.

Die untenstehende Analyse zeigt nun, dass noch im Jahr 2010 die Begeisterung, dieses Verfahren in Gang zu setzen, etwas größer war. Das Neue schien attraktiv zu sein und wollte ausprobiert werden. Mittlerweile dürfte sich aber dieses Verfahren auch etwas eingependelt haben, weshalb der Trend eher abwärts zeigt. Da allerdings manche Bundesländer diese Form der Sanierung augenscheinlich erst in jüngster Zeit für sich „entdeckt“ zu haben scheinen, ist die heutige Analyse zum 2. Geburtstag dieser Verfahrensvariante noch keineswegs als abschließend anzusehen. So wurden z. B. in Vorarlberg im 2. Quartal 2012 vier eigenverwaltete Sanierungsverfahren eröffnet, was 19 % aller Insolvenzverfahren aus diesem Zeitraum ausmachte. Auch Kärnten (das Bundesland mit dem historisch ersten eigenverwalteten Sanierungsverfahren vom 1.7.2010) hat in der jüngeren Vergangenheit wieder vermehrt diese Form der Sanierung erlebt.



Natürlich bleibt vielfach der Umstieg auf das nicht eigenverwaltete Sanierungsverfahren offen, denn tatsächlich kann sich die um 50 % höhere Mindestquote (30 % gegenüber 20 % ohne Eigenverwaltung) im Verlauf des Verfahrens als Hürde herausstellen. Letztlich muss diese Quote ja auch finanziert und bezahlt werden. Mit der Intelligenz der Schuldner – wie manche meinen – hat das zweifellos wenig zu tun, sondern vielmehr mit der Frage, welche Vermögenswerte und betriebswirtschaftlichen Ausblicke das zu sanierende Unternehmen im Verfahren hat. Die Höhe der Quote ist ja nur nach unten vom Gesetz limitiert, und wird regelmäßig von den Gläubigerschutzverbänden mit großem Mandat angemessen verhandelt.

## **Prognose für 2012**

Die Prognose des KSV1870 vom Dezember 2011 lautete für 2012, dass die Insolvenzen sich im Wesentlichen auf dem Niveau von 2011 weiterentwickeln würden. Angesichts der Halbjahreszahlen und der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung darf diese Erwartung aufrechterhalten werden. Die Fälle sind allerdings insgesamt kleiner, was sich an der Anzahl der betroffenen Dienstnehmern und den Schulden der insolventen Unternehmen ablesen lässt.

Einmal mehr zeigt sich, dass die sogenannte Krise primär eine Krise des Finanzsektors ist, und dass sich die Realwirtschaft gut behaupten kann.

## **Für den Inhalt verantwortlich:**

Dr. Hans-Georg Kantner, Leiter KSV1870 Insolvenz

## **Rückfragenhinweis:**

Karin Stirner

Leiterin KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon 050 1870-8226, e-Mail: [stirner.karin@ksv.at](mailto:stirner.karin@ksv.at)

[www.ksv.at](http://www.ksv.at); Twitter: <http://twitter.com/#!/KSV1870>

## Unternehmensinsolvenzen I. Halbjahr 2012

Hochrechnung

	2012	2011	Veränderung	
<b>Eröffnete Insolvenzen</b>	<b>1.812</b>	<b>1.657</b>	<b>+</b>	<b>9,4 %</b>
Nichteröffnete Insolvenzverfahren (mangels kostendeckenden Vermögens)	1.232	1.339	-	8,0 %
<b>Gesamtinsolvenzen</b>	<b>3.044</b>	<b>2.996</b>	<b>+</b>	<b>1,6 %</b>
<b>Geschätzte Insolvenzverbindlichkeiten in EUR</b>	<b>1,3 Mrd.</b>	<b>1,2 Mrd.</b>	<b>+</b>	<b>8,3 %</b>

Die geschätzten Insolvenzverbindlichkeiten dürfen nicht mit den tatsächlichen Verlusten aus Insolvenzen gleichgesetzt werden. Zu berücksichtigen sind Quotenzahlungen im Rahmen von Ausgleichen und Zwangsausgleichen, Ausschüttungen aus Verwertungen von Konkursmassen sowie Sonderrechte aufgrund von Aus- und Absonderungsrechten.

<b>Betroffene Dienstnehmer</b>	<b>9.700</b>	<b>10.500</b>	<b>-</b>	<b>7,6 %</b>
--------------------------------	--------------	---------------	----------	--------------

### Gesamtinsolvenzen im Bundesländervergleich I. Halbjahr 2012

Bundesland	Fälle 2012	Fälle 2011	Passiva 2012 in Mio. EUR	Passiva 2011 in Mio. EUR
Wien	893	970	284	339
Niederösterreich	483	456	208	213
Burgenland	124	89	101	24
Oberösterreich	401	403	244	179
Salzburg	212	166	61	31
Vorarlberg	106	89	27	58
Tirol	179	209	53	70
Steiermark	440	414	231	132
Kärnten	206	200	118	111
<b>Gesamt</b>	<b>3.044</b>	<b>2.996</b>	<b>1.327</b>	<b>1.157</b>

### Eröffnete Sanierungsverfahren / Entzug der Eigenverwaltung 1. Halbjahr 2012 zu 1. Halbjahr 2011

	eröffnete SV m. EV 2012	Verän- derung zu 2011	Entzug der EV	eröffnete SV o. EV 2012	Verän- derung zu 2011	Summe SV	Verän- derung zu 2011
Wien	29	-9%	15	40	-30%	69	-22%
Niederösterreich	16	-6%	1	86	+10%	102	+7%
Burgenland	1	-80%	0	14	+17%	15	-12%
Oberösterreich	5	-44%	1	61	+69%	66	+47%
Salzburg	4	+33%	1	7	+40%	11	+38%
Vorarlberg	4	-20%	0	4	-20%	8	-20%
Tirol	4	-33%	2	6	+20%	10	-9%
Steiermark	17	-19%	4	60	+71%	77	+38%
Kärnten	14	-18%	6	20	+43%	34	+10%
<b>Gesamt</b>	<b>94</b>	<b>-18%</b>	<b>30</b>	<b>298</b>	<b>+21%</b>	<b>392</b>	<b>+8%</b>

## Die bisher größten Insolvenzen sind:

Kappa Thermenbeteiligung GmbH, Graz	Konkurs	EUR	55,6 Mio.
ALPOS Handelsgesellschaft m.b.H. (Metallgroßhandel), Klagenfurt	Konkurs	EUR	51,0 Mio.
Bioenergie Burgenland Service GesmbH, vorm. Güssing, Eisenstadt	SV o. EV	EUR	36,6 Mio.
M-Oil Trading GmbH (Tankstelle), Ried im Traunkreis	SV o. EV	EUR	35,8 Mio.
Hofer-Gruppe, Wilfersdorf (Ing. Hofer Holding GmbH, Hofer Privatstiftung, Brandl Dachdecker Spengler GmbH, Piffel Dachdecker Spengler Schneeräumservice GmbH, Ing. Graf Zimmerei und Holzbau GmbH, Are-BaugesmbH, Ing. Hofer Dachdecker, Spengler, Zimmerer GesmbH)	SV. m. EV Konkurse	EUR	24,8 Mio.
METALKA HandelsgmbH. (Metall und Maschinen), Wien	SV o. EV	EUR	22,3 Mio.
mobile messaging solutions (mms) GmbH (IT-Lösungen), Wien	Konkurs	EUR	20,0 Mio.

## Gesamtinsolvenzen nach Branchen I. Halbjahr 2012

Unternehmensinsolvenzen nach Fällen	Fälle	Passiva in Mio. EUR
1. Bauwirtschaft	551	206,0
2. Unternehmensbezogene Dienstleistungen	522	300,8
3. Gastgewerbe	418	62,5

## Gesamtinsolvenzen nach Passiva I. Halbjahr 2012

Unternehmensinsolvenzen nach Passiva	Passiva in Mio. EUR	Fälle
1. Unternehmensbezogene Dienstleistungen	300,8	522
2. Maschinen und Metall	210,4	122
3. Bauwirtschaft	206,0	551

Wien, 26.06.2012

### Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private

Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs (eröffnete Insolvenzen sowie mangels Masse abgewiesene Konkursanträge) nach Höhe der Forderungen, aufgeteilt nach Bundesländern, nach Branchen und nach Rechtsformen. Grundlage der Analyse sind einerseits die übermittelten Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und andererseits Informationen aus der KSV1870 Wirtschaftsdatenbank.

Der KSV1870 erstellt diese Auswertungen regelmäßig zum ersten Halbjahr, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Halbjahr sowie eine Jahresauswertung. Zusätzlich gibt ein ausführlicher Insolvenzkommentar einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation Österreichs. Der Vergleich der Insolvenzzahlen bildet den aktuellen Stand der Konjunktur ab.

Der Auswertung der KSV1870 Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, welches regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet.

Durch die Vergleichbarkeit der KSV1870 Statistiken ergeben sich Interpretationsspielräume, die ein realistisches Bild der zugrundeliegenden Analyse im gesamtökonomischen Kontext widerspiegeln. Eventuell auftretende Abweichungen – bei abgewiesenen Konkursanträgen, eröffneten Verfahren – erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverfahrens können leichte Verschiebungen möglich machen.

### Rückfragenhinweis:

Karin Stirner

Leiterin KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at

## Privatkonkurse: 2012 wird Zehntausendermarke überschritten werden

Insolvenzstatistik Private I. Halbjahr 2012

Wien, 26.06.2012

In Österreich haben im ersten Halbjahr 2012 über 5.000 Personen die Bereinigung ihrer Schulden in Angriff genommen. Hochgerechnet werden bis Jahresende voraussichtlich mehr als 10.000 Schuldenbereinigungsverfahren von Konsumenten in Gang gesetzt werden.

Die 5.016 Schuldenregulierungen (Hochrechnung) im 1. Halbjahr sind um 2 % mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2011. Die Schulden in diesen Verfahren beliefen sich auf insgesamt EUR 609 Mio., was einem Zuwachs von etwa 8 % gegenüber 2011 entspricht. Durchschnittlich waren somit pro Verfahren ca. EUR 122.000,- an Schulden zu regulieren. Allerdings betrifft ca. 1/3 all dieser Verfahren Personen, deren Schulden aus früherer Selbständigkeit resultieren. Die durchschnittliche Schuldsumme „echter“ Privater beträgt rund EUR 55.000,-, wogegen die Schulden der ehemals Selbständigen teilweise stark oszillieren können; sie betragen im Beobachtungszeitraum ca. EUR 265.000,-.

### Bundesländer-Reigen:

Bei der Schuldenregulierung zeigen die Bundesländer zum Teil sehr unterschiedliche Werte:

Bundesland	Fälle I. HJ 2012	Fälle I. HJ 2011	Veränderung
Wien	2.149	2.014	6,7%
Niederösterreich	551	517	6,6%
Burgenland	87	72	20,8%
Oberösterreich	649	644	0,8%
Salzburg	201	230	-12,6%
Vorarlberg	332	305	8,9%
Tirol	353	380	-7,1%
Steiermark	357	413	-13,6%
Kärnten	337	342	-1,5%
<b>Gesamt</b>	<b>5.016</b>	<b>4.917</b>	<b>2,0%</b>

Die wesentlichen Zuwächse kommen aus dem Osten Österreichs (Wien, Niederösterreich und Burgenland), wogegen im Westen (Salzburg, Tirol) die Zahlen zurückgegangen sind. Diese Rückgänge sind zwar teilweise zweistellig, doch darf auch in diesen Bundesländern damit gerechnet werden, dass die Zahl der Schuldenregulierungen in Zukunft ansteigen wird. Oftmals haben in der Vergangenheit personelle Engpässe, sei es bei den Schuldenberatern, sei es bei Gericht, saisonweise Rückgänge verursacht, die letztlich aufgeholt wurden.

Interessant ist die Steiermark, wo insgesamt ein Nachholbedarf an Schuldenregulierung besteht: Sie hat – gemessen an der Zahl der materiell zahlungsunfähigen Personen – eine viel zu geringe Anzahl an Schuldenregulierungen. Daher ist dort damit zu rechnen, dass in den nächsten Perioden das Wachstum umso stärker ausfallen wird.

**Reform des Privatkonkurses:**

Seit 5 Jahren wird über anstehende Reformen des Privatkonkursrechtes berichtet. Insgesamt ist das Problem der Verschuldung der privaten Haushalte in den letzten 20 Jahren nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Waren laut einer Untersuchung des Sozialministeriums um das Jahr 1990 ca. 80.000 in Österreich lebende Personen materiell insolvent, so schätzt der KSV1870 diese Zahl heute auf 120.000 bis 150.000; und das obwohl seit 1995 über 80.000 Schuldenregulierungen in Angriff genommen worden sind. Daran kann man ermessen, dass das Verfahren noch wesentlich ausgebaut werden muss. Jedenfalls was die Kapazitäten bei den Gerichten anlangt, als auch bei den staatlich subventionierten Schuldenberatern: Immer dann, wenn deren Budgets aufgestockt bzw. dem Bedarf angepasst worden waren, sind die Zahlen der Privatkonkursverfahren in die Höhe geschneilt.

Ob nun das Problem am besten dadurch gelöst werden kann, dass man die Erfordernisse für eine Schuldentilgung auf NULL reduziert, wie das von der Sozialpolitik mit Nachdruck verlangt wird, oder durch bessere Beratung und breite Aufnahme dieser Fälle bei den Gerichten, ist gegenwärtig Gegenstand intensiver Beratungen im Justizministerium. Allen noch so ehrenwerten Vorschlägen auf Senkung der Mindestquote auf null muss allerdings entgegengehalten werden, dass unser nördlicher Nachbar Deutschland mit einem solchen Konzept praktisch Schiffbruch erlitten hat: Dort gibt es viele Verfahren, die die Justizkassen auch viel Geld kosten, aber die Gläubiger erhalten kaum Zahlungen, und alle Beteiligten sind nachhaltig frustriert. Dagegen mutet unsere Insolvenzstatistik geradezu paradiesisch an.

**Über 80 % der Schuldner schaffen die Entschuldung und die dabei geleisteten Quotenzahlungen an die Gläubiger bewegen sich im niedrigen zweistelligen Prozentbereich.** Wer hinten die Hürde abschafft nimmt offenbar damit auch vorne jeglichen Anreiz, ordentliche Zahlungen zu versprechen. Offenbar benötigt ein funktionierendes Schuldenregulierungsregime diesen Druck auf die Schuldner. Immer wieder muss man wiederholen: Es handelt sich um eine Quotenhürde, die nominell zwar 10 % der Konkursschulden beträgt, aber durch Einrechnung der Verfahrenskosten und den Billigkeitsgrund, dass diese Marke nur knapp verfehlt wurde (wird regelmäßig ab 9 % gewährt) extrem flexibilisiert wurde. Bei der von der Schuldenberatung erhobenen Medianverschuldung der echten Privaten von EUR 36.000,- beträgt die Quote dessen, was ein Schuldner aktiv erwirtschaften muss, gerade einmal 6,3 % (durch Einrechnung der Verfahrenskosten und Gewährung ab 9 % aus Billigkeit).

Die Diskussion steht daher derzeit an dem Punkt, dass eben nicht jeder entschuldet werden muss, aber im Gegenzug das Konkursverfahren nicht ohne Schuldenregulierung aufgehoben wird, sodass der Schuldner den Schutz des Gesetzes vor Zinsen, Kosten und Exekutionen weiterhin erfährt. Nach Einschätzung des KSV1870 wird die erste etwas spürbarere Inflationswelle vollends zeigen, dass die derzeitige 10 %-Schwelle zwar im Verfahren und bei der Verhandlung der Quoten wichtig ist, aber in der Folge durch den Zeitverlauf und die Billigkeitsgründe stark relativiert wird.

Die Besprechungen der Reformkommission dauern noch an, sodass ein Inkrafttreten der Novelle mit 1.1.2013 als ausgesprochen unwahrscheinlich eingeschätzt werden muss.

**Ausblick auf das Gesamtjahr 2012:**

Die Prognose des KSV1870 aus dem Dezember 2011 lautete, dass die Zahl der Schuldenregulierungen (vulgo Privatkonkurs) im Jahr 2012 um ca. 5 % anwachsen werde. Im Hinblick auf die Entwicklung im ersten Halbjahr und die gegenwärtig doch stabile Situation unselbständig Beschäftigter kann davon ausgegangen werden, dass diese Prognose mit großer Wahrscheinlichkeit erfüllt wird; Dies bedeutet eine Zahl von ca. 10.080 Verfahren. Sollten weitere Investitionen in die Beratungsinfrastruktur vorgenommen werden, so könnten dadurch noch mehr Schuldner an das Entschuldungsverfahren herangebracht werden.

**Für den Inhalt verantwortlich:**

Dr. Hans-Georg Kantner, Leiter KSV1870 Insolvenz

**Rückfragenhinweis:**

Karin Stirner

Leiterin KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon 050 1870-8226, e-Mail: [stirner.karin@ksv.at](mailto:stirner.karin@ksv.at)

[www.ksv.at](http://www.ksv.at); Twitter: <http://twitter.com/#!/KSV1870>

## Privatkonkurse I. Halbjahr 2012

Hochrechnung

	2012	2011	Veränderung	
<b>Eröffnete Schuldenregulierungsverfahren</b>	<b>5.016</b>	<b>4.917</b>	<b>+</b>	<b>2,0 %</b>
<b>Geschätzte Insolvenzverbindlichkeiten</b>	<b>609 Mio.</b>	<b>565 Mio.</b>	<b>+</b>	<b>7,8 %</b>

### Eröffnete Privatinsolvenzen im Bundesländervergleich I. Halbjahr 2012

Bundesland	Fälle 2012	Fälle 2011	Passiva 2012 in Mio. EUR	Passiva 2011 in Mio. EUR
Wien	2.149	2.014	213	182
Niederösterreich	551	517	76	85
Burgenland	87	72	14	15
Oberösterreich	649	644	75	76
Salzburg	201	230	38	24
Vorarlberg	332	305	42	30
Tirol	353	380	48	40
Steiermark	357	413	61	71
Kärnten	337	342	42	42
<b>Gesamt</b>	<b>5.016</b>	<b>4.917</b>	<b>609</b>	<b>565</b>

Wien, 26.06.2012

#### Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private

Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs (eröffnete Insolvenzen sowie mangels Masse abgewiesene Konkursanträge) nach Höhe der Forderungen, aufgeteilt nach Bundesländern, nach Branchen und nach Rechtsformen. Grundlage der Analyse sind einerseits die übermittelten Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und andererseits Informationen aus der KSV1870 Wirtschaftsdatenbank.

Der KSV1870 erstellt diese Auswertungen regelmäßig zum ersten Halbjahr, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Halbjahr sowie eine Jahresauswertung. Zusätzlich gibt ein ausführlicher Insolvenzkommmentar einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation Österreichs. Der Vergleich der Insolvenzdaten bildet den aktuellen Stand der Konjunktur ab.

Der Auswertung der KSV1870 Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, welches regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet.

Durch die Vergleichbarkeit der KSV1870 Statistiken ergeben sich Interpretationsspielräume, die ein realistisches Bild der zugrundeliegenden Analyse im gesamtwirtschaftlichen Kontext widerspiegeln. Eventuell auftretende Abweichungen – bei abgewiesenen Konkursanträgen, eröffneten Verfahren – erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverfahrens können leichte Verschiebungen möglich machen.

#### Rückfragenhinweis:

Karin Stirner

Leiterin KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at